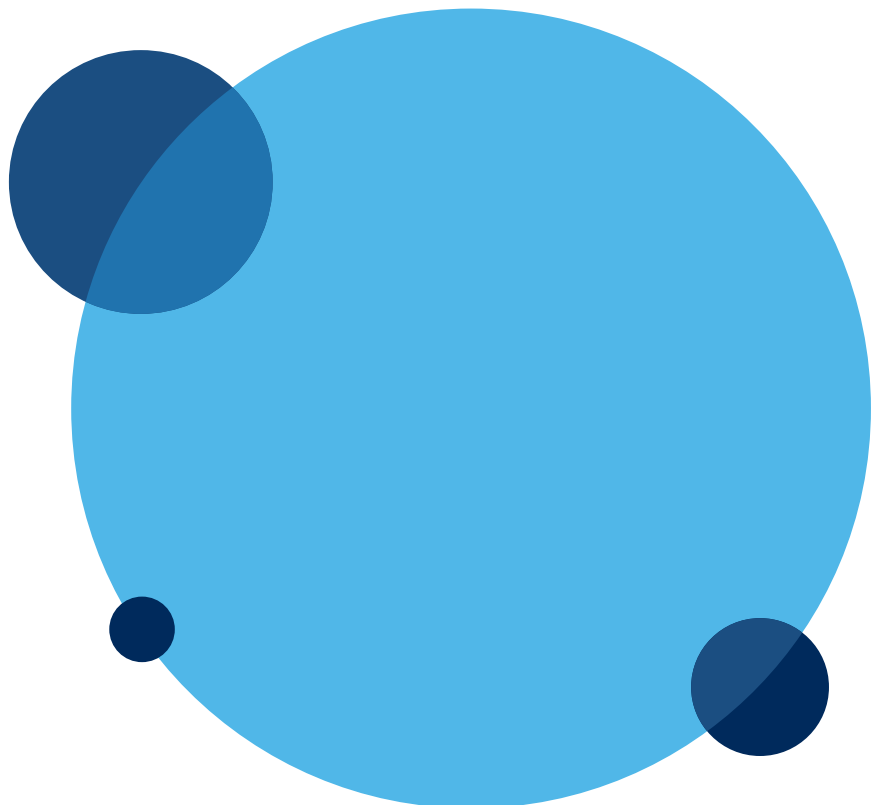


Bundestagswahl 2017: Parteien geben Auskunft über ihre weiterbildungspolitischen Vorhaben

Mit 18 Wahlprüfsteinen hat der DVV die im Bundestag vertretenen Parteien um Auskunft über weiterbildungspolitische Kernthemen in der neuen Legislaturperiode gebeten.

Auszüge aus den Wahlprüfsteinen und den Antworten haben wir in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellt. Die kompletten Antworten sind auf unserer Homepage abrufbar.



Themenschwerpunkt Weiterbildungspolitik

Kooperativer Föderalismus

Damit Bund, Länder und Gemeinden in der Weiterbildung gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen können, sollte das Kooperationsverbot aufgehoben werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir stimmen zu, dass das Kooperationsverbot aufgehoben werden muss.	Die Länder verfügen über die finanziellen Mittel, um die Kommunen so auszustatten, dass diese ihre Aufgaben erfüllen können.	Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss auch für den Bereich der allgemeinen Bildung und der Weiterbildung vollständig aufgehoben werden.	Die SPD setzt sich für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich ein.

Weiterbildungskabinette

Um eine inhaltliche und fachübergreifende Abstimmung zwischen den mit Weiterbildung befassten Ressorts sicherzustellen, sollen horizontal (auf Bundesebene) und vertikal (zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) Kabinettsausschüsse zur Weiterbildung eingerichtet werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
„Weiterbildungskabinette“ sind zwar ein möglicher Ansatz, sie reichen unserer Einschätzung nach aber nicht aus, um ein breites Bündnis für die Weiterbildung zu formen.		Der Vorschlag Weiterbildungskabinette einzurichten, erscheint als zielführend und praktikabel, um eine inhaltliche und fachübergreifende Abstimmung auf allen Ebenen zu garantieren.	Die SPD setzt sich für eine nationale Weiterbildungskonferenz ein, bei der die Konzepte zur Förderung der Weiterbildung und die verschiedenen Weiterbildungsinstrumente sinnvoll aufeinander abgestimmt sind.

Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“

Eine Enquete-Kommission soll eine umfassende und strukturierte Analyse der Realität der Weiterbildung in Deutschland vornehmen, Reformbedarfe identifizieren und erforderliche Rahmenbedingungen inklusive der Finanzierungs- bzw. Förderstrukturen aufzeigen.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir ziehen den Vorschlag einer Enquete vor, die alle Beteiligten einbeziehen kann und öffentlich tagt. Ihr Vorgehen und ihre Ergebnisse müssen ebenfalls öffentlich gemacht werden.	CDU und CSU wollen eine weitere Aufwertung der Weiterbildung prüfen. Dazu gehört, dass die Weiterbildungserträge systematisch erfasst und evaluiert werden.	DIE LINKE unterstützt die Forderung, eine Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“ einzurichten. Gleichzeitig muss ein bundesweit geltendes Gesetz zur Weiterbildung auf den Weg gebracht werden.	Die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Gestaltung des Weiterbildungssystems verbunden mit Antworten auf Reformbedarfe und offene Finanzierungsfragen ist eine sinnvolle Idee.

Weiterbildungsbeteiligung

Weiterbildungs-BAföG

Das Aufstiegs-BAföG soll zu einem Weiterbildungs-BAföG ausgebaut werden, das eine systematische Weiterbildung unterstützt, die der Persönlichkeitsentwicklung dient, wichtige Schlüsselqualifikationen fördert und zur bürgerschaftlichen Teilhabe befähigt, auch jenseits konkreter beruflicher Aufstiegspektiven.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir haben mit der BildungsZeit Plus ein Instrument entwickelt, das über ein Weiterbildungs-BAföG hinausgeht.	CDU und CSU werden das Aufstiegs-BAföG zum Berufsbildungs-Karriere-Gesetz erweitern. Darüber hinaus möchten wir die Zahl der Aufstiegsstipendien verdoppeln. Die Zahl der Weiterbildungsstipendien werden wir erhöhen.	Damit alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund im Laufe ihrer Biografie Bildungs- und Weiterbildungsangebote wahrnehmen können, muss das BAföG zu einer Erwachsenenbildungsförderung ohne Altersgrenze ausgebaut werden.	Unter ein gemeinsames Dach des „BAföG-Plus“ wollen wir die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung stellen und auch das Studierenden-BAföG für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master öffnen.

Erfolgsprämien

Erwachsene, die einen Schulabschluss nachholen oder an abschlussbezogenen Grundbildungsangeboten teilnehmen, sollen bei erfolgreichem Abschluss ebenso wie der bisher bereits in der Arbeitsförderung (§ 131a AwStG) begünstigte Personenkreis eine Prämie erhalten.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
		Dieser Vorschlag wird derzeit noch diskutiert.	Die Ausweitung dieser Prämie auf abschlussbezogene Grundbildungsangebote halten wir für eine gute Idee.

Steuerliche Absetzbarkeit

Weiterbildungsangebote, die im öffentlichen Interesse liegen, sollen steuerlich absetzbar sein und die Breite der geförderten Angebote muss erhöht werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Eine breit angelegte Förderung der Weiterbildungsteilnahme ist unserer Einschätzung nach vorrangig gegenüber einer exorbitanten Ausweitung von steuerlicher Absetzbarkeit.	Wir werden prüfen, inwieweit finanzielle Anreize, wie sie die Bildungsprämie setzt, weiterentwickelt werden können.	Berufliche Weiterbildungen, die im Interesse der Arbeitgeber liegen, sollten auch von diesen finanziert werden. So können die Mittel für Weiterbildung erhöht und die Risiken für kleinere Betriebe gemindert werden.	Die SPD wird prüfen, ob eine steuerliche Abziehbarkeit von Aufwendungen zur Allgemeinbildung eine sinnvolle Ergänzung der Förderung des lebenslangen Lernens sein kann.

Zielgruppenansprache

Zur Sicherstellung einer verlässlichen Grundversorgung mit Angeboten zur beruflichen, politischen, gesundheitlichen, kulturellen und sprachlichen Teilhabe im ländlichen Raum und zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung bisher nicht erreichter Zielgruppen sollen Modellprojekte aufgelegt werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Modellprojekte wie die genannten sind ein sinnvoller Schritt, um die notwendige Kultur des Lebenslangen Lernens aufzubauen.	Die bestehende Allianz für Aus- und Weiterbildung soll noch stärker als bisher das Thema Weiterbildung adressieren.	Zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung von bisher nicht oder kaum erreichbaren Zielgruppen sind Modellprojekte eine gute Maßnahme. Diese sollten dann aber dauerhaft in Breite getragen bzw. weiterfinanziert werden.	Es muss darum gehen, allen Beschäftigten die gleichen Chancen auf Fort- und Weiterbildung einzuräumen. Wir setzen uns hier für den Aufbau von Modellprojekten ein.

Kompensatorische Bildung

Funktionaler Analphabetismus

Um die dramatisch hohe Zahl von Erwachsenen in Deutschland, die nicht ausreichend lesen und schreiben können, zu vermindern, bedarf es in der nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung neben der Förderung von Entwicklungsprojekten auch einer staatlichen Regelförderung, die allen Betroffenen die Teilnahme an Angeboten ermöglicht.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir teilen alle genannten Forderungen. Der Zugang zur Alphabetisierung muss verbessert werden,	Wir werden die 2015 von Bund und Ländern ausgerufene Dekade der Alphabetisierung ausbauen und damit unseren Beitrag zur Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen in Deutschland leisten.	DIE LINKE fordert ein Zehn-Jahres-Programm und die Bereitstellung von 3,6 Milliarden Euro für den dauerhaften Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse.	Wir wollen weitere Angebote zur Stärkung der Grundbildung schaffen. Wir machen uns dafür stark, dass förderrechtliche Unterstützungsmöglichkeiten nach SGB II und SGB III für die notwendigen Grundkompetenzen grundsätzlich weiter ausgebaut werden.

Zweiter Bildungsweg

Alle Erwachsenen müssen die Möglichkeit erhalten, Schulabschlüsse nachzuholen – unabhängig von Alter, Erwerbs- und Aufenthaltsstatus sowie nationaler Herkunft.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Das Nachholen von Schulabschlüssen muss erleichtert werden.	CDU und CSU stehen für ein durchlässiges Bildungssystem, in dem der Grundsatz gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.	DIE LINKE fordert ein Sonderprogramm „Ausbildungsoffensive für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, mit einer Startphase von drei Jahren.	Die SPD will ein Recht auf Weiterbildung einführen.

Bildungsübergänge und Weiterbildungsberatung

Im Sinne erfolgreicher Lern- und Bildungsbiographien müssen Förderangebote als Bildungsketten miteinander verbunden werden. Insbesondere müssen auch Strukturen der Weiterbildungsberatung ausgebaut und abgesichert werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Bildungsketten müssen über die Kooperation von Schulen mit Jugendberufsagenturen hinaus ausgebaut werden.	Wir wollen ein bundesweites System zur Validierung non-formal und informell erworbener Kompetenzen aufbauen und prüfen, welche Förderangebote zur Verfügung gestellt werden können.	Um die unterschiedlichen Bildungsangebote im Sinne des lebenslangen Lernens besser zu verknüpfen und Übergänge zu erleichtern, sind Beratungsangebote auszubauen.	Die SPD will eine gezielte Weiterbildungsberatung aufbauen. Denn wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln.

Digitale Weiterbildung

Förderprogramme

Alle Förderprogramme der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des BMBF müssen so ausgestaltet werden, dass auch die Weiterbildung für die digitale Wissensgesellschaft gestärkt wird.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir stimmen zu, was die Förderprogramme und die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung der genannten Gruppen beim Zugang zu digitaler Bildung angeht.	Daneben sprechen wir uns im Rahmen der Bildungsoffensive dafür aus, digitale Angebote für die Schnittstellen zwischen den Bildungsbereichen bereitzustellen.	DIE LINKE spricht sich für eine verlässliche Ausstattung der unterschiedlichen Bildungsträger aus. Das umfasst auch die Digitalisierung von Weiterbildungsangeboten.	Wir stimmen der Forderung ausdrücklich zu.

Zugang für alle

Um einer drohenden digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen insbesondere auch Ältere, arbeitssuchende Menschen, Berufsrückkehrer und Arbeitnehmer mit unregelmäßigen Arbeitszeiten sowie Erwachsene mit Grundbildungsbedarf in der Strategie des BMBF berücksichtigt werden.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Siehe Antwort zum Punkt „Förderprogramme“.	Wir wollen ermöglichen, dass die Menschen in Deutschland Computer, Tablets und Smartphones nicht nur zu Unterhaltungszwecken, sondern auch für die eigene Aus- und Weiterbildung nutzen.	Gute Bildungsangebote dürfen nicht vom Standort, der Finanzkraft des Landes bzw. der Kommune oder der (momentanen) Lebenslage der Menschen abhängen.	Auch dieser Forderung stimmen wir ausdrücklich zu.

Digitale Informationszentren

Auf kommunaler Ebene müssen bürgernahe Anlaufstellen eingerichtet werden, die bei allen Fragen rund um Medien- und Informationskompetenz und hinsichtlich aktueller Netzphänomene wie Fake News, Social Bots und Datamining Hilfestellung bieten.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Ob es wirklich neuer Anlaufstellen bedarf, die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Netzphänomene informieren, halten wir für fraglich.		DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, digitale bürgernahe Informationszentren einzurichten, die Beratung und Hilfestellungen bei Fragen rund um Medien- und Informationskompetenzen bieten.	Auf kommunaler Ebene sind bürgernahe Anlaufstellen einzurichten, die bei allen Fragen rund um aktuelle Netzphänomene Hilfestellung bieten.

Zusammenhalt durch allgemeine Weiterbildung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Es bedarf eines Förderprogramms zur flächendeckenden Umsetzung von neuen, innovativen Dialog- und Beteiligungsformaten auf kommunaler Ebene, um Menschen gemeinsam eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Zukunft unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
		DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, neue, innovative Dialog- und Beteiligungsformate auf kommunaler Ebene für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebenslagen zu ermöglichen.	Wir wollen Orte wie Schulen, Volkshochschulen oder Nachbarschaftszentren, Sportvereine und auch das gesellschaftliche Engagement vor Ort stärken.

Gesamtgesellschaftliche Integration

Integration bedarf eines ganzheitlichen Bildungsansatzes, der (inter-)kulturelle, gesellschaftspolitische, berufliche und gesundheitsbezogene Bildung mit Sprachlernangeboten verknüpft.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
		Die Integration von neu zugewanderten Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht an einer Unterfinanzierung des Bildungssystems scheitern darf.	Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild. Besonders wichtig ist hierbei das Erlernen der Sprache.

Integrationskurse und Qualifizierung

Die Maßnahmen des Bundes für Integration und Qualifizierung sind besser auszustatten. Eine nachhaltige Anhebung der Trägerpauschale ist unverzichtbar.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Wir brauchen eine angemessene Vergütung bzw. soziale Absicherung der Lehrkräfte. Und schließlich ist eine nachhaltige Anhebung der Pauschale unverzichtbar.	Wir werden die Qualität und Effizienz der Kurse weiter verbessern. Wir wollen sicherstellen, dass vor Ort eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage stattfindet.	Entscheidend ist, dass die Lehrkräfte angemessen vergütet und in Bezug auf sozialversicherungsbezogene Leistungen abgesichert werden.	Wir wollen Integrationskurse künftig besser auf Zielgruppen ausrichten.

Personalstruktur

Soziale Absicherung von Kursleitenden

Die von Bund, Ländern und Kommunen aufgelegten Weiterbildungsprogramme müssen finanziell so dimensioniert sein, dass Lehrkräfte leistungsgerecht bezahlt und bei Bedarf sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können. Zur sozialen Absicherung von Kursleitenden müssen gegebenenfalls Zuschläge zur anteiligen Deckung der Sozialversicherungskosten finanzierbar sein.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Die Kursvergütungen durch den Bund müssen so ausgestaltet sein, dass eine angemessene Vergütung inkl. der sozialen Absicherung der Lehrkräfte möglich ist.	Aus Sicht von CDU und CSU ist es wünschenswert, den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Weiterbildungsbereich zu erhöhen. Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen für die Lehrkräfte weiter verbessert werden.	DIE LINKE fordert für Honorarkräfte, beispielsweise in den Integrationskursen, ein Mindesthonorar und perspektivisch abgesicherte, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse sowie angemessene Vorbereitungszeiten und regelmäßige Fortbildung. DIE LINKE streitet für einen angemessenen Mindestlohn in der Weiterbildung und für eine neue Vergabepolitik der Arbeitsagenturen.	Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Weiterbildungsprogramme des Bundes so dimensioniert werden, dass Lehrkräfte leistungsgerecht bezahlt werden.

Weiterbildungssozialkasse

Die Einrichtung einer Weiterbildungssozialkasse oder alternativ die Aufnahme von Lehrkräften in die Künstlersozialkasse ist zu prüfen, um eine trägerübergreifende soziale Absicherung für freiberufliche Lehrkräfte sicherzustellen.

Bündnis 90/Die Grünen	CDU/CSU	Die Linke	SPD
Gegen die Einrichtung einer eigenen „Weiterbildungssozialkasse“ haben wir Bedenken.			Lehrkräfte, die freiberuflich auf Honorarbasis arbeiten, sind Kraft Gesetzes pflichtversichert in der Gesetzlichen Rentenversicherung.